Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 9

Artikel: SVP und FDP haben in der Sicherheitspolitik grosse Schnittmenge

Autor: Kälin, Fritz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1033150

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

◀ **Wo soll die Schweizer Armee kämpfen können? Ein Aufklärer hält Ausschau.**
Bild: Clemens Laub, VBS

SVP und FDP haben in der Sicherheitspolitik grosse Schnittmenge

Unter dem Eindruck der Kriegsereignisse in der Ukraine haben SVP wie FDP im Juni Positionspapiere zur Verteidigungspolitik veröffentlicht. Inhaltlich sind die Schnittmengen gross. Matchentscheidend wird sein, ob den sicherheitspolitischen Bekenntnissen auch die finanzpolitischen Taten folgen werden.

Fritz Kälin

FDP wie SVP haben ihre Positionspapiere zur Sicherheitspolitik aufdatiert. Selbst in den öffentlich kontrovers debattierten Neutralitätsinterpretationen finden sich bei genauer Lektüre kaum Differenzen.

Und wie sieht es bei den anderen Bundesratsparteien aus? Die Mitte-Partei hat bislang kein neues Positionspapier publiziert. Das muss nicht als Vernachlässigung der Sicherheitspolitik gedeutet werden. Die Partei konzentriert sich auf die loyale Unterstützung der armeepolitischen Vorlagen ihrer eigenen Bundesrätin, VBS-Vorsteherin Viola Amherd.

Für die SP hat Nationalrat Pierre-Alain Fridez schon 2020 ein sicherheitspolitisches Argumentarium verfasst: «Sicherheit und Verteidigung der Schweiz – Tabus brechen, Lösungen wagen». Die Sozialdemokraten demonstrierten damit, dass sie sich auch jenseits tagespolitischer Aktualität mit der Thematik auseinandersetzen. Inhaltlich ist es aber primär eine Rechtfertigungsschrift altbekannter SP-Positionen. Ihre globale Lagebeurteilung klammert sich an die optimistischen Zukunftserwartungen der 1990er-Jahre.

SVP-Papier fordert «Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit»

Die SVP sieht sich durch den Ukraine-Krieg in ihrer Haltung der vergangenen Jahrzehnte bestätigt, dass die Kriegsgefahr in Europa mitnichten gebannt war und die Schweizer Armee deshalb real verteidigungsfähig sein muss. Dazu argumentiert das Positionspapier nicht bloss mit wohlklingenden Schlagwörtern, sondern mit Zahlen, die in einen historischen Kontext gestellt werden. Eine Schwäche ist der einseitige Fokus auf die militärische Landesverteidigung, dabei gäbe es auch bei anderen Teilen des Sicherheitsverbundes viel Nachholbedarf.

FDP will «eine langfristig sichere Schweiz»

Optisch richtet sich das FDP-Positionspapier an Online-Leser. Trotzdem wünscht man sich auch eine alternative Fliesstextversion, um sich auf der FDP-Webseite nicht durch die einzelnen Kapitel durchklicken zu müssen. Sprachlich wird mit prägnanten Sätzen formuliert. Die übersichtliche Kürze ist aber nur möglich, weil auf argumentative Herleitungen für die eigenen Forderungen verzichtet wird. Parteien dürfen von ihren eigenen Positionen natürlich überzeugt sein. Gerade in der Verteidigungspolitik sollten sie sich aber nicht bloss auf bürgerliche Parlamentsmehrheiten verlassen, sondern auch die bislang Unentschlossenen von der Notwendigkeit höherer Verteidigungsausgaben zu überzeugen versuchen.

Die FDP operiert mit einem umfassenden sicherheitspolitischen Verständnis. Nach einer kompakten Lagebeurteilung formuliert sie ihre Forderungen für die Teilbereiche Verteidigungspolitik, Bevölkerungs- und Zivilschutz, internationales Engagement, Technologie und Cybersicherheit sowie Versorgungssicherheit. Mangels Argumentation und Aufzeigen von Zusammenhängen zwischen den Teilbereichen entsteht aber eher der Eindruck von Silo-Denken als von einem ganzheitlichen Sicherheitsverständnis. Ein solches muss im Sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates erkennbar sein. Auf diesen referenziert übrigens keines der beiden Parteipositionspapiere.

Armee soll (wieder) prioritär Unabhängigkeit verteidigen

Beide Parteipapiere leiten ihre Erwartungen an die Armee aus der Bundesverfassung ab. In den Worten der FDP: «Nun gilt es innert kurzer Frist den Verfassungsauftrag, die Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes zu wahren (Art. 2 BV), vollum-

fänglich zu erfüllen.» Genau dies vermisst die SVP bei der Exekutive: «Wer in der Bewahrung der Unabhängigkeit des Landes kein Ziel mehr zu erblicken vermag, kann auch nicht einen Auftrag an die Armee formulieren, welcher die Unabhängigkeit des Landes zum Ziel hat. Bundesrat und VBS sind unfähig, einen verständlichen, überzeugenden Armee-Auftrag zu formulieren. Sie pflegen zu behaupten, dass eine solche Formulierung überflüssig sei, weil bereits Art. 58 der Bundesverfassung den Armee-Auftrag enthalte. Das ist falsch. [...] Der Verfassungsauftrag enthält allgemeine Grundsätze. Ein Armee-Auftrag muss – abgestützt auf die Verfassung – konkrete Zielsetzungen enthalten [...].»

Dem Unabhängigkeitsverständnis der zwei bürgerlichen Parteien sei ein Zitat aus der Einleitung des Buchs von SP-Nationalrat Fridez kommentarlos gegenübergestellt: «Die unnachgiebigen Verteidiger der heutigen Armee klammern sich an Mythen wie [...] die Vorstellung, unser Land und seine Unabhängigkeit könne verteidigt werden, ohne sich auf andere verlassen zu müssen.»

Der Zweckartikel der Eidgenossenschaft (Art. 2) besteht darin, die Freiheit und die Rechte des Volkes zu schützen und die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes zu wahren. Der für die Armee massgebende Verfassungsartikel 58 besagt, dass sie der Kriegsverhinderung und Erhaltung des Friedens dient sowie Land und Bevölkerung zu verteidigen hat. SVP und FDP sind sich einig, dass Artikel 58 nicht nur die Wahrung der im Zweckartikel genannten «Sicherheit» des Landes, sondern eben auch seiner «Unabhängigkeit» beinhaltet. Beide Parteien zeigen damit, dass sie trotz jahrelanger Debatten um Kampfjet-Typen den Sinn für das Wesentliche bewahrt haben.

Positionen liegen näher, als gemeinhin gedacht

Das klare Unabhängigkeits-Bekenntnis der FDP erscheint zunächst als Widerspruch zu ihrer Forderung nach mehr militärischer Kooperation: «Die Igel-Mentalität, in welcher sich die Schweiz autonom schützen kann, ist veraltet und ist realitätsfremd. Die Schweiz muss enger mit der NATO kooperieren [...]» Dieser Satz, für sich allein zitiert, liesse sich leicht im Sinne von Fridez interpretieren, dass Unabhängigkeit nur noch mit Hilfe fremder Mächte verteidigt werden könne (wodurch die Unabhängigkeit zum Vornherein an die Verbündeten verloren ginge). Das wäre aber eine Fehlinterpretation. Denn an früherer Stelle formuliert die FDP unmissverständlich, was sie unter Kooperation versteht: «Die Schweizer Armee kann künftig den Kampf der verbundenen Waffen führen und einen konventionellen Angriff autonom oder im Verbund abwehren. Zu diesem Zwecke erhöht sie ihre eigenen Fähigkeiten und kooperiert im Rahmen ihrer neutralitätsrechtlichen Pflichten und Rechte.» Mit «Igel-Mentalität» meint die FDP also nicht jene, die eine autonome Verteidigungsfähigkeit befürworten, sondern diejenigen, die militärische Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland pauschal ablehnen.

Irgendwann müssen mindestens die bürgerlichen Parteien in der Neutralitätspolitik einen gemeinsamen Nenner finden. In der Ablehnung eines NATO-Beitritts wären sich sogar alle vier Bundesratsparteien einig. Wenn Mitte und FDP benennen, wo die Grenzen der Zusammenarbeit mit der NATO und der EU liegen und die SVP und SP dafür ihre Scheuklappen ablegen, was die Ausbildungszusammenarbeit innerhalb dieser Grenzen anbelangt, könnte der Bundesrat die Verteidigungs- und Aussenpolitik durch einen gemeinsamen neutralitätspolitischen Nenner zu einer wirklich kohärenten Sicherheitspolitik vermählen.

Bewaffnete Neutralität lässt sich an Armeelogistik messen

Die politisch zu klärende Frage lautet nicht, ob die Schweizer Armee an der Seite der NATO kämpfen können soll, sondern wo sie kämpfen können muss. Einzig innerhalb des eigenen Hoheitsgebietes? Im grenznahen Raum, wenn dort zu wenig NATO-Kräfte vorhanden sind um Angriffe auf Schweizer Territorium zu verhindern? Oder sollen Schweizer Kontingente in andere Ecken Europas verschoben werden können, um sich dort einem gemeinsamen Gegner entgegenzustellen, bevor er auch nur in die Nähe der Schweizer Grenzen gelangt?

Für die Ausgestaltung der Armee hätte nur die letztere – politisch kaum mehrheitsfähige – Option bedeutsame Konsequenzen. Um solche Kontingente weit jenseits der eigenen Landesgrenzen bewegen und versorgen zu können, bräuchte es eine zentralisierte Logistikinfrastruktur. Die SVP fordert explizit eine dezentral-resiliente Logistik. Das FDP-Positionspapier äussert sich nicht zur Armeelogistik. Da auch die FDP die Armee zur autonomen Landesverteidigung befähigt sehen will, dürfte sie implizit eine dezentrale Logistik mitbefürworten.

Bekenntnisse erfordern finanzpolitische Taten

Armeepolitisch stimmen SVP und FDP inhaltlich also weitgehend überein. Ihre materiellen Forderungen für eine autonome Verteidigungsfähigkeit entsprechen weitestgehend der VBS-Beschaffungsplanung für die Armee. Beide Parteien fordern ausserdem eine Erhöhung des Sollbestands um 20 000 AdA als demonstrativen Zwischenschritt hin zu einem Bestand, mit dem wieder alle Verfassungsaufträge erfüllbar erscheinen. Auch in der Neutralitätspolitik – soweit für die Ausgestaltung der Armee relevant – finden sich bei genauer Lektüre der jüngsten Positionspapiere keine echten Differenzen.

Für die Realisierung der gemeinsamen Absichten müssen die Parteien ihren sicherheitspolitischen Lippenbekenntnissen auch finanzpolitische Taten folgen lassen. Die in beiden Räten angenommenen Motionen für eine schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben (Geschäftsnummern 22.3374 und 22.3367) beauftragen zwar den Bundesrat, der Armee bis 2030 finanziell mindestens ein Prozent des Bruttoinlandproduktes zur Verfügung zu stellen. Dieser Auftrag steht aber nicht im luftleeren Raum.

Die unsichere weltwirtschaftliche Lageentwicklung dürfte künftigen Steuererträgen engere Grenzen setzen. Die Schuldenbremse erlaubt kein Nachrüsten der Armee auf Pump. Vielmehr müssen die durch die Pandemiebekämpfung entstandenen Schulden wieder abgebaut werden. An populären Ideen für Steuersenkungen oder zusätzliche Steuerausgaben fehlt es ohnehin nie. Welchen Stellenwert die Landesverteidigung bei den Parteien tatsächlich geniesst, wird sich nicht in einzelnen Vorstössen und Positionspapieren zeigen, sondern am Anteil der Armeeausgaben innerhalb der ungebundenen Bundesausgaben. FDP und SVP können in der Debatte für höhere Ausgaben aber ein starkes Argument ins Feld führen: Die Nachbefragung zur Umfrage «Sicherheit 22» vom Juni 2022 zeigen, dass die wahlberechtigte Bevölkerung eine «vollständig ausgerüstete» Armee stärker denn je befürwortet (74%).* ■

* Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022» – Datenvergleich Januar/Juni 2022. Einfluss der russischen Invasion in die Ukraine auf die aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung der Schweizerinnen und Schweizer. Herausgegeben von der MILAK und CSS der ETH Zürich.